Landtag
Nordrhein-Westfalen
15. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 15/350
01.12.2011

Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr

28. Sitzung (öffentlich)

1. Dezember 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt, Punkt 1 „'Auf dem Weg in ein inklusives NRW' - Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen voranbringen“, Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2361, Punkt 4 „Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung (BauO NRW) - Änderung des § 65 Abs. 1 und 2“, Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2359, Punkt 6 „Wohnungsnot für Studierende schnell lindern - Studentenwerke in Verantwortung nehmen“, Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/3251, und Punkt 11 „Kündigungssperrfristverordnung“, Bericht der Landesregierung, von der Tagesordnung abzusetzen.

1 „Auf dem Weg in ein inklusives NRW“ - Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen voranbringen **6**

Antrag
der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2361

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

2 Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG - NRW 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2379
APr 15/314

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1876
APr 15/241

Mit den Stimmen von SPD, Grüne und Linken sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss**,** den Änderungsantrag anzunehmen.

Mit den Stimmen von SPD, Grüne und Linken sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss**,** den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

4 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung (BauO NRW) - Änderung des § 65 Abs. 1 und 2 11

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2359

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

5 NRW lehnt Kürzung bei der Städtebauförderung ab und braucht sichere Ko-Finanzierung für den Bund! 12

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2213

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP stimmt der Ausschuss dem Antrag zu.

6 Wohnungsnot für Studierende schnell lindern - Studentenwerke in Verantwortung nehmen 14

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3251

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

7 Klare Bekenntnis zum Landesstraßenbedarfsplan - Rücknahme der Streichliste für den Straßenbau in Nordrhein-Westfalen 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2987

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

8 Initiative der Bundesregierung zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes unterstützen - Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste des Technischen Hilfswerkes und der sonstigen Einheiten des Katastrophenschutzes sichern 16

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1073
APr 15/245

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

9 Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung des Bürokratieabbaugesetzes! 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/3045

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

10 Weißbuch Verkehr der Europäischen Kommission: Die Konzeption der europäischen Verkehrspolitik - Auswirkungen und Chancen auf/für Nordrhein-Westfalen 23

Bericht der Landesregierung
Vorlage 15/812

- Bericht durch PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV) 23
- Aussprache 24

11 Kündigungssperrfristverordnung 26

Bericht der Landesregierung

Vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

12 Entwurf der ÖPNV-Novelle zügig vorlegen - Rechtssicherheit ist dringend notwendig 27

Bericht der Landesregierung

- Bericht durch PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV) 27
- Aussprache 28

13 Verschiedenes 30

* * *

2 Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG - NRW

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2379
APr 15/314

Jochen Ott (SPD) schlägt vor, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Benedikt Hauser (CDU) ist mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden. Er wolle aber darauf aufmerksam machen, dass der Gesetzentwurf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen vollständig untauglich sei und auch im Bereich des ÖPNV-Sektors zu erheblichen Mehrbelastungen der Unternehmen und Städte führen werde, was ein starkes Aufzehren der dem ÖPNV landesseitig zur Verfügung gestellte Mittel zu folgen haben werde.

Christof Rasche (FDP) schließt sich dem Verfahrensvorschlag des Abgeordneten Ott an.

Er verweise auf die zum Teil sehr negativen schriftlichen Stellungnahmen zum Gesetzentwurf. Seine Fraktion teile die Auffassung vom VDV und NWO, die große Gefahren für den ÖPNV und erhebliche finanzielle Belastungen sähen.

Bärbel Beuermann (LINKE) ist mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Was die sehr negativen Stellungnahmen angehe, sollte man sich einmal vor Augen führen, wer diese formuliert habe und warum. Nichtsdestotrotz kritisiere aber auch ihre Fraktion den Gesetzentwurf, zum Beispiel was den Schwellenwert von 10.000 € angehe. Dieser sei viel zu hoch. Sie begrüße aber, dass nun endlich etwas geschehe.

Rainer Schmeltzer (SPD) führt aus, schriftliche und mündliche Anhörungen könnten immer so bewertet werden, wie man es gerade brauche. Insofern bedanke er sich für den Hinweis der Abgeordneten Beuermann bezüglich der Stellungnehmenden. Eine Verteuerung werde zwar stattfinden, aber nicht in dem dargestellten Maße. Er bitte darum, in Zukunft Gesetzentwürfe komplett zu lesen und Anhörungen bis zum Schluss beizuwohnen, denn dann werde man zur Kenntnis nehmen können, dass nicht alles so heiß gegessen wie gekocht werde.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) schließt sich dem Verfahrensvorschlag an. Ihres Wissens bemühe man sich im federführenden Ausschuss, einen Änderungsantrag zu formulieren. Von daher mache es Sinne, die weiteren Beratungen im federführenden Ausschuss zu führen.

Sie habe der schriftlichen Stellungnahme nicht nur Ablehnung, sondern sehr wohl auch Zustimmung zu den Zielen und den Umsetzungsformen entnommen. Die Kommunen hätten skizziert, dass eventuellen Mehrbelastungen eventuelle Minderbelastungen gegenüberstünden. Insofern könne sie die vorgetragene Kritik nicht teilen. Das Landesparlament sollte ein großes Interesse daran haben, dass öffentliche Gelder nicht nur sozial und fair, sondern auch gerecht ausgegeben würden und die Kommunen die zur Verfügung gestellten Mittel zielgerichtet einsetzten.

Dietmar Brockes (FDP) schickt vorweg, dass er der Anhörung bis zum Ende beigewohnt habe. Insofern treffe ihn der Vorwurf des Abgeordneten Schmeltzer nicht.

In der Anhörung habe es massiv Kritik und nur wenig Zustimmung zum Gesetzentwurf gegeben. Dies gelte insbesondere für den Verkehrsbereich. Er hoffe, dass die Regierungsfraktionen im federführenden Ausschuss nicht beratungsresistent seien und den Gesetzentwurf zurückzögen.

> Einstimmig beschließt der **Ausschuss**, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.